



Niederschrift

über die Sitzung des Rates der Gemeinde Nottuln am 17.09.2024.

Sitzungsort: in der von Aschebergschen Kurie, Stiftsstraße 4, 48301 Nottuln
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:31 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzender

Dr. Dietmar Thönnies

Ratsmitglieder

Richard Dammann	Bündnis 90/Die Grünen	
Wolfgang Danziger	SPD	
Dr. Susanne Diekmann	Bündnis 90/Die Grünen	
Manfred Gausebeck	SPD	
Stephan Gerlach	Bündnis 90/Die Grünen	
Martin Gesmann	CDU	
Dr. Martin Geuking	FDP	
Margarete Große Wiesmann	CDU	
Thomas Höcker	UBG	
Peter Holtrup	SPD	anwesend bis 20:32 Uhr, TOP 5.14
Thomas Hülsken	CDU	
Sandra Johann	Bündnis 90/Die Grünen	
Brigitte Kleinschmidt	UBG	
Paul Leufke	CDU	
Dirk Mannwald	CDU	

Richard Mannwald	Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Andrea Quadt-Hallmann	CDU
Hartmut Rulle	CDU
Arnd Rutenbeck	CDU
Dr. Matthias Schiewerling	CDU
Dr. Matthias Schliermann	Bündnis 90/Die Grünen
Morten Steimann	CDU
Susanne Strätker	CDU
Regina Theopold	CDU
Marco Upmann	CDU
Jan Van de Vyle	UBG
Helmut Walter	FDP

Von der Verwaltung

Dominik Bomholt
Christian Ehling
Stefan Kohaus

Schriftführung

Elke Schulz

In der heutigen Sitzung des Rates der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

Der Bürgermeister stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2	Mitteilungen
----------	---------------------

Der Bürgermeister informiert, dass der TOP 5.15 (Aufstellung 6. Änderung Bebauungsplan Nr. 74 „Industriepark I + II“) zurzeit keine Beratung erfordere, da keine neuen Sachstände vorlägen. Somit schlägt er die Streichung des Tagesordnungspunktes vor. Dies wird vom Gremium einstimmig angenommen. Des Weiteren bietet der Bürgermeister die Beratung der Tischvorlage „Kameraüberwachung des Schulhofes vom Rupert-Neudeck-Gymnasium“ unter dem letzten Tagesordnungspunkt (TOP 9) an. Mit drei Enthaltungen wird die Aussprache an dieser Stelle der Beratungsfolge seitens des Rates angenommen. Nach dem Verlesen der aktuell eingegangenen Anträge schlägt Ratsherr Dammann das Vorverlegen der Beratung des TOP 5.17 (Standort für ein weiteres Übergangwohnheim für Geflüchtete im Ortsteil Nottuln) an den Anfang der Bau- und Planungsangelegenheiten vor. Dazu ergeht kein Widerspruch.

Ratsherr Danziger kritisiert, dass der Sachstand zu der Gründung der Lerchenhorst eG kein Tagesordnungspunkt im Rat sei und damit bei der Kommunalaufsicht Beschwerde eingelegt habe.

Hinweis zum Protokoll: Der Sachstand wurde in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 03.09.2024 unter dem TOP 3 ausführlich dargestellt. Auf die Rückfrage des Bürgermeisters in dieser Sitzung, ob eine weitere Beratung im Rat bei Kenntnisnahme durch den zuständigen Ausschuss erfolgen soll, lehnte das Gremium eine erneute Behandlung des Themas in einer weiteren Ratssitzung ab.

3	Angelegenheiten des Haupt- und Finanzausschusses
----------	---

3.1	Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Gemeinde Nottuln Vorlage: 138/2024
------------	---

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Die Vorschriften der Geschäftsordnung für den Rat der Gemeinde Nottuln werden wie folgt geändert:

§ 16 Abs. 2 - Die Abstimmung erfolgt im Regelfalle durch Handzeichen bzw. durch elektronische Abstimmgeräte.

§ 16 Abs. 4 - Auf Antrag von mindestens einem Fünftel der Ratsmitglieder wird geheim abgestimmt. Die geheime Abstimmung erfolgt durch Abgabe von Stimmzetteln bzw. durch anonymisierte Eingabe in elektronischen Abstimmgeräte.

§ 19 Abs. 1 - Die Wahlen werden durch offene Abstimmung vollzogen. Die Abstimmung erfolgt im Regelfall durch Handzeichen bzw. durch elektronische Abstimmgeräte.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

3.2	Antrag der CDU-Fraktion vom 02.07.2024: Freier WLAN-Zugang am Bahnhof Appelhülsen, Beisenbusch und Rhodeplatz Vorlage: 140/2024
------------	--

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt freie WLAN-Zugänge am Bahnhof Appelhülsen, am Beisenbusch und am Rhodeplatz einzurichten und eine entsprechende Förderung zu prüfen und in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**3.3 Gemeinwohl-Ökonomie für die Gemeinde Nottuln - Antrag der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 133/2024**

Eine Diskussion wird nicht gewünscht.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die weitere Verfolgung des Ansatzes Gemeinwohl-Ökonomie i.R.d. LEADER-Region und/oder weiteren gemeindeübergreifenden Zusammenschlüssen anzustoßen. Im nächsten Jahr wird darüber berichtet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**3.4 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über eine gemeinsame
Zentrale Vergabestelle mit dem Kreis Coesfeld
Vorlage: 139/2024**

Eine Beratung findet nicht statt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt im Anschluss an die wirksame Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die gemeinsame Zentrale Vergabestelle mit der Stadt Lüdinghausen, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben der Zentralen Vergabestelle mit dem Kreis Coesfeld nach beigefügtem Muster abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

3.5 Änderung des Gesellschaftsvertrages der wfc Vorlage: 136/2024

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

1. Den Änderungen im Gesellschaftsvertrag der wfc wird zugestimmt.
2. Die Vertreter/innen der Gemeinde Nottuln in der Gesellschafterversammlung der wfc werden angewiesen, den Änderungen zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 25 Nein 3 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

4 Angelegenheiten des Rechnungsprüfungsausschusses
--

4.1 Beratung des Berichts über die Prüfung des Jahresabschlusses der Gemeinde Nottuln zum 31.12.2023 Vorlage: 122/2024
--

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Dr. Geuking, informiert, dass die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 keine Beanstandungen ergeben haben. Anschließend verliest er die folgenden Beschlüsse:

Beschluss:

1. Der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresabschluss wird zum 31.12.2023 festgestellt.
2. Dem Bürgermeister der Gemeinde Nottuln wird die Entlastung erteilt.
3. Der festgestellte Jahresüberschuss für das Haushaltsjahr 2023 wird in Höhe von 2.817.652,39 € der Ausgleichsrücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1

einstimmig angenommen

4.2 Beteiligungsbericht 2023 der Gemeinde Nottuln Vorlage: 134/2024

Herr Bomholt informiert aufgrund buchungstechnischer Gegebenheiten über eine Ergänzung des Beteiligungsberichts (letztes Blatt des Berichtes). Eine Aussprache des Gremiums erfolgt nicht.

Beschluss:

Der als Anlage beigefügte Beteiligungsbericht 2023 der Gemeinde Nottuln wird gem. § 117 GO NRW beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

5 Bau- und Planungsangelegenheiten
--

5.1 Schulinvestitionsbudget – Erforderliche Maßnahmen zur Sicherstellung des gesetzlichen OGS-Anspruches" Vorlage: 222/2023/1

Ratsherr Danziger gibt den Hinweis, das Schulinvestitionsbudget (10,0 Mio. Euro über 5 Jahre) ausschließlich für pädagogische Konzepte zu verwenden. Ratsherr Rutenbeck informiert über die multifunktionale Nutzung des OGS-Bereichs. Ratsherr Walter bewertet das Schulinvestitionsbudget insgesamt für die Ertüchtigung der Schulen. Ab 2026/2027 sei die Schule grundsätzlich eine OGS. Insofern sieht er keine Notwendigkeit für eine Diskussion hinsichtlich einer Differenzierung zwischen der Schule und der OGS. Ratsherr Rulle schließt sich der Meinung seiner Vorredner an, wobei gute pädagogische Argumente auch eine Berücksichtigung finden müssen.

Beschluss:

Die Gemeindeverwaltung wird damit beauftragt, die in der Darstellung des Sachverhaltes dargestellten Planungs- und Baumaßnahmen zur Sicherstellung des gesetzlichen OGS-Anspruches fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 24 Nein 4 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

**5.2 Vorstellung der Entwurfsplanung zur Erweiterung der im Bau befindlichen 4-gruppigen Kindertageseinrichtung auf der Gemeindewiese.
Vorlage: 010/2022/2**

Ratsherr Danziger fragt nach der weiteren Nutzung im Anschluss an die Räumung der Kita am Kastanienplatz wegen einer Sanierung. Der Bürgermeister erläutert, dass eine Zwei-Gruppen-Kita unwirtschaftlich sei. Insofern solle die Kita Kastanienplatz mit der künftigen Kita auf der Gemeindewiese zusammengelegt werden. Anschließend müsse das Gebäude für die Nachnutzung renoviert werden. In diese Räumlichkeiten könnten dann Teile der Verwaltung einziehen, die sich zurzeit in angemieteten Gebäuden befinden. Somit sei auch eine Reduzierung der Mietkosten zu erreichen. Des Weiteren führt der Bürgermeister aus, dass eine Sechs-Gruppen-Kita auf der Gemeindewiese von Anfang an angedacht gewesen sei. Ratsherr Van de Vyle verweist auf einen besseren Informationsstand zu Sachverhalten, wenn die Protokolle der Sitzungen schneller zur Verfügung gestellt würden. Der Bürgermeister sagt eine zügigere Bearbeitung der Niederschriften zu.

Beschluss:

Der Prozess zur Errichtung der Kita-Erweiterung wird zur Kenntnis genommen. Zudem wird die Gemeindeverwaltung damit beauftragt, die Nachnutzung des Bestandsgebäudes DRK-Kita am Kastanienplatz durch die Verwaltung in den Blick zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 25 Nein 2 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

**5.3 Satzung zur Erhaltung baulicher Anlagen und der Eigenart des Gebietes
aufgrund seiner städtebaulichen Gestalt im Bereich des historischen
Ortskerns Nottuln
Hier: Beschluss zur Aufstellung einer Erhaltungssatzung
Vorlage: 116/2024**

Ratsherr Dammann weist darauf hin, dass der Regelungsinhalt der Satzung zu mehr Bürokratie führen könnte.

Beschluss:

Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, gem. § 172 Abs. 1 Nr. 1 BauGB ein Verfahren zur Aufstellung der Erhaltungssatzung „Historischer Ortskern Nottuln“ für den im beigefügten Abgrenzungsplan dargestellten Bereich des Ortskern Nottulns einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 22 Nein 0 Enthaltung 6

einstimmig angenommen

**5.4 Aufstellung eines integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes
Hier: Beschluss zur Aufstellung eines ISEK
Vorlage: 119/2024**

Ratsherr Rulle bekräftigt, dass die Diskussion im Ausschuss hinsichtlich der Aufstellung eines ISEK neben dem Anreiz auch mit begründeten Zweifeln verbunden gewesen sei. Angesichts der Haushaltslage sei es besser, die Entscheidung für ein ISEK zunächst zurückzustellen. Ratsherr Gausebeck weist auf die anderen Ortsteile hin, für die auch ähnliche Konzepte erarbeitet werden sollen. Ratsherr Dammann bedauert das Entgehen von Fördermitteln, wenn die Gemeinde kein ISEK habe. Ratsherr Dr. Geuking bewertet das ISEK als Chance und Gewinn. Somit sollte das Konzept nicht in die Zukunft geschoben werden. Vordergründig könne nicht die Förderung sein, sondern der Bedarf der Gemeinde, so Ratsherr Van de Vyle. Er unterstreicht, dass die UBG den Sinn des Konzeptes jedoch unterstütze.

Beschluss:

1. Die Gemeindeverwaltung wird beauftragt, gem. § 1 Abs. 5 BauGB i.V.m. §1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB ein Verfahren zur Aufstellung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK) für den im Rahmen der Präsentation vorgestellten Bereich des Ortskern Nottulns einzuleiten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Haushaltsansatz für die Aufstellung des ISEKs auf 53.141,24 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 18 Nein 5 Enthaltung 5

mehrheitlich angenommen

**5.5 Anregung gem. § 24 GO NRW - 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 19
„Lerchenhain“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB
Hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB
Vorlage: 130/2024**

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Ein Verfahren zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 19 „Lerchenhain“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB für den in Anlage 1 abgegrenzten Änderungsbereich wird eingeleitet. (Hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 BauGB)

Abstimmungsergebnis:

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1

einstimmig angenommen

**5.6 Anregung gem. § 24 GO NRW - 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 68 „Stiftsgärten“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB
Hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 BauGB
Vorlage: 131/2024**

Zu diesem Thema erfolgt eine kurze Aussprache, in der die Massivität der vorgesehenen Bebauung kritisch bewertet wird. Der Investor müsse mit der Nachbarschaft zunächst einen guten Kompromiss finden, so Ratsherr Rulle.

Beschluss:

Ein Verfahren zur 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 68 „Stiftsgärten“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB für den in Anlage 1 abgegrenzten Änderungsbereich wird eingeleitet. (Hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 BauGB)

Abstimmungsergebnis:

Ja 0 Nein 28 Enthaltung 0

einstimmig abgelehnt

**5.7 80. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 160 „Neue Rettungswache“
Hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
Vorlage: 162/2020/3**

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

1. Der Abwägung der zur 80. Änderung des Flächennutzungsplanes abgegebenen Stellungnahmen wird, wie in Anlage 1 und 2 vorgeschlagen, zugestimmt.
2. Die vorliegende 80. Änderung des Flächennutzungsplanes (siehe Anlage 3) sowie die zugehörige Begründung mit Umweltbericht (siehe Anlage 4) werden beschlossen.
3. Der Abwägung der zum Bebauungsplan Nr. 160 „Neue Rettungswache“ abgegebenen Stellungnahmen wird, wie in Anlage 1 und 5 vorgeschlagen, zugestimmt.

4. Der vorliegende Bebauungsplan Nr. 160 „Neue Rettungswache (siehe Anlage 6) wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht (siehe Anlage 7) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

**5.8 Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 85 „Bakenstraße / Weseler Straße“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB
Hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
Vorlage: 096/2020/2**

Eine Aussprache wird nicht gewünscht.

Beschluss:

1. Der Abwägung der zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 85 „Bakenstraße / Weseler Straße“ abgegebenen Stellungnahmen wird, wie in Anlage 1 vorgeschlagen, zugestimmt.
2. Die vorliegende Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 85 „Bakenstraße / Weseler Straße“ (siehe Anlage 2) im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Die zugehörige Begründung (siehe Anlage 3) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

5.9 Aufstellung der 9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 109 "Gewerbe- und Industriegebiet Beisenbusch" im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB
Hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
Vorlage: 059/2023/1

Eine Beratung erfolgt nicht.

Beschluss:

1. Der Abwägung der zur 9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 109 „Gewerbe- und Industriegebiet Beisenbusch“ abgegebenen Stellungnahmen wird, wie in Anlage 1 vorgeschlagen, zugestimmt.
2. Die vorliegende Aufstellung der 9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 109 „Gewerbe- und Industriegebiet Beisenbusch“ (siehe Anlage 2) im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Die zugehörige Begründung (siehe Anlage 3) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

5.10 Aufstellung der 32. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 4 „Schapdetten Nord“ im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB
Hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
Vorlage: 023/2023/1

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

1. Der Abwägung der zur 32. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 4 „Schapdetten Nord“ abgegebenen Stellungnahmen wird, wie in Anlage 1 vorgeschlagen, zugestimmt.
2. Die vorliegende Aufstellung der 32. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 4 „Schapdetten Nord“ (siehe Anlage 2) im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Die zugehörige Begründung (siehe Anlage 3) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

5.11 Widmung von Straßen; Hier: Schwester-Raphaela-Händler-Straße Vorlage: 113/2024
--

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Die Schwester-Raphaela-Händler Straße wird wie in der in Anlage 1 rot dargestellten Abgrenzung gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 6 Abs. 1 Straßen- und Wegegesetz NRW gewidmet und gemäß § 6 Abs. 3 Straßen- und Wegegesetz NRW als Gemeindestraße eingestuft.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

5.12 Widmung von Straßen, Hier: Schöllings Wiese Vorlage: 114/2024

Eine Beratung erfolgt nicht.

Beschluss:

Die Straße Schöllings Wiese wird wie in der in Anlage 1 rot dargestellten Abgrenzung gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 6 Abs. 1 Straßen- und Wegegesetz NRW gewidmet und gemäß § 6 Abs. 3 Straßen- und Wegegesetz NRW als Gemeindestraße eingestuft.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

**5.13 Widmung von Straßen, Hier: Bruder-Hermann-Frye-Straße
Vorlage: 115/2024**

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Die Bruder-Hermann-Frye-Straße wird wie in der in Anlage 1 rot dargestellten Abgrenzung gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 6 Abs. 1 Straßen- und Wegegesetz NRW gewidmet und gemäß § 6 Abs. 3 Straßen- und Wegegesetz NRW als Gemeindestraße eingestuft.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

**5.14 Bebauungsplan Nr. 135 "Südlich Lerchenhain"
Hier: Vergabe der Straßennamen
Vorlage: 149/2022/4**

Der Bürgermeister informiert, dass die Bürger in den Prozess der Namensfindung einbezogen worden seien. Die Verwaltung habe zahlreiche Vorschläge erhalten. Nach einer kurzen Aussprache werden die Ratsmitglieder gebeten, durch Kennzeichnung auf den vorbereiteten Auswahllisten der Straßennamen drei Vorschläge anzubieten.

Nach Auszählung der Vorschläge durch die Verwaltungsleitung werden folgende drei Straßennamen festgelegt:

Beschluss:

Petra-Kelly-Straße

Gerstenkamp

Weizenkamp

Abstimmungsergebnis:

Ja 22 Nein 3 Enthaltung 2

mehrheitlich angenommen

5.15 Aufstellung der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 74 „Industriepark I + II“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB
Hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
Vorlage: 137/2021/2

Der Sachstand erfordert zurzeit keine Beratung (Siehe TOP 2 – Mitteilungen des Bürgermeisters).

5.16 CDU Antrag: Darup als ASB im Regionalplan
Vorlage: 136/2023/1

Ratsherr Rulle schlägt der Verwaltung vor, ein gesamtgemeindliches Konzept zur perspektivischen Entwicklungsmöglichkeit des Ortsteils Darup als Allgemeinen Siedlungsbereich in Auftrag zu geben und bei der Bezirksregierung Münster vorzulegen. Ratsherr Dammann unterstreicht, dass er dem Beschluss der Verwaltung folgen wolle. Die Einwohnerzahl des Ortsteils Darup liege unter 2.000 und sei dem Außenbereich zuzuordnen. Ratsherr Walter spricht sich ebenfalls für den Vorschlag der Verwaltung aus. Aus Gründen der Gleichbehandlung aller Ortsteile lehnt Ratsherr Gausebeck die Vorschläge ab.

Beschluss:

Beschlussvorschlag der CDU:

Die Verwaltung wird beauftragt ein gesamtgemeindliches Konzept zur perspektivischen Entwicklungsmöglichkeiten des OT Darup bei der BR Münster vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt (Ja 10 Nein 14 Enthaltung 3)

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die Verwaltung wird beauftragt in eine Abstimmung mit der Bezirksregierung zur Aufnahme des OT Darup als ASB in den Regionalplan zu gehen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen (Ja 24 Nein 2 Enthaltung 1)

5.17 Standort für ein weiteres Übergangwohnheim für Geflüchtete im Ortsteil Nottuln
Vorlage: 143/2024

Dieser TOP wird zu Beginn der Bau- und Planungsangelegenheiten beraten (siehe TOP 2 – Mitteilungen).

Der Bürgermeister erläutert die Drucksituation der Unterkunftsmöglichkeit Geflüchteter in der Gemeinde Nottuln. Er informiert, dass die Turnhalle am Niederstockumer Weg mit 47 Personen und die Tennishalle (Spartacus) bis zum Jahresende mit 140 Personen gefüllt sein werden. Ebenso seien am Eckenhovener Weg nur noch wenige Wohnungen frei. Um dieser Situation entgegenzuwirken, sei der Aufbau von Wohncontainern übergangsweise notwendig. Als Fläche könne das Westnetz-Gelände für sechs Jahre gepachtet werden.

Der Druck sei da und die Entscheidung schwierig, so Ratsherr Van de Vyle. Alternativen für eine schnelle Umsetzung gäbe es nicht. Der Ratsbeschluss für eine Unterbringung Geflüchteter in Ortsnähe könne nicht weiter eingehalten werden. Insofern müsse ein Umdenken stattfinden. Ratsherr Rulle schließt sich diesen Ausführungen an. Er erläutert, dass 2015/2016 rund 280 Flüchtlinge untergebracht werden mussten, zurzeit seien es 400 Personen. Die Unterbringung koste jährlich drei bis vier Millionen Euro. Pro Flüchtling seien 20.000 Euro notwendig. Den Kommunen werden aber nur 7.500 Euro zugestanden. Bis die Finanzen der Kommunen geregelt seien, müsse nach Unterbringungsmöglichkeiten geschaut werden. Er unterstreicht, dass wir uns selbst helfen müssen. Für das Umfeld sei die Situation schwierig. Trotzdem sei er froh, dass dieses Grundstück gefunden worden sei.

Ratsherr Dammann verweist auf die zahlreichen Flüchtlinge aus der Ukraine, die bereits aufgenommen worden seien. Es sei schon viel geleistet worden. Für ein gutes Gelingen solle die Verwaltung auf die Bürger in der Nachbarschaft der Unterkunft zugehen und über alles aufklären.

Um der ansteigenden Zahl von Geflüchteten begegnen zu können, müssen wir uns von Standards trennen, so Ratsherr Walter. Er verweist auf die Containersiedlung vor zwanzig Jahren und verbindet damit nicht immer gute Zustände. Es müsse überlegt werden, was zumutbar sei.

Ratsherr Gausebeck kann die Befürchtungen der Bürger verstehen. Die Verwaltung müsse jedoch kurzfristig reagieren. Deshalb unterstützt er die Containerlösung. Aufgrund des Zustroms müsse man sich von der Ortsnähe lösen. In die Zukunft gerichtet schlägt er für die Unterbringung beispielsweise das Gebäude Baumberger Hof vor. Alle Möglichkeiten seien in der Gemeinde zu prüfen.

Ratsfrau Kleinschmidt zeigt Verständnis für die Sorgen, die die Bürger beschäftigen und verweist auf bessere Perspektiven für eine Integration.

Der Bürgermeister betont, dass der Vorschlag für die Unterbringung an dem Ort nicht leichtfertig gemacht worden sei. Der Druck sei extrem hoch. Deshalb müsse heute über die Containerlösung entschieden werden. Die Gemeinde befinde sich in einer Notlage. Davon seien alle betroffen. Er ruft die Nottulner Bürger auf, noch freie Gebäude zur Verfügung zu stellen. Für die ehrenamtliche Tätigkeit bedankt sich der Bürgermeister bei allen Personen und Gruppen. An die an der Ratssitzung teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger gerichtet bittet er um Verständnis, dass Fragen aus dem Publikum zu Tagesordnungspunkten der Ratssitzung rechtlich nicht zulässig seien. Dies gelte

für das ganze Land NRW, um Verzerrungen in der Entscheidungsfindung der Lokalpolitiker zu vermeiden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt am vorgeschlagenen Standort am Waldweg im Ortsteil Nottuln den Bau eines Wohnheims für Geflüchtete schnellstmöglich zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**5.18 Vorkaufsrechtssatzung für den Bereich der Gastronomiebetriebe der Gemeinde Nottuln zur Unterbringung von Geflüchteten
Vorlage: 144/2024**

Der Bürgermeister möchte aufgrund des angespannten Wohnungsmarktes, auch bedingt durch die Unterbringung Geflüchteter, heute eine Abstimmung erzielen. Die Vorkaufsrechtssatzung sei ein formaler und vorsorglicher Akt. Mit einigen Gastronomen sei das Vorgehen erläutert worden. Ratsherr Van de Vyle fragt nach Erweiterungsmöglichkeiten auch auf andere Bereiche. Herr Kohaus erläutert, dass sich ehemalige Beherbergungsbetriebe unter Einhaltung der städtebaulichen Voraussetzungen technisch schnell für Unterkünfte herrichten ließen. Ein potentieller Verkäufer werde durch die Gemeinde keine Nachteile erfahren. Im Falle eines Kaufs werde auch die politische Entscheidung herbeigeführt.

Beschluss:

Die als Anlage 1 dieser Vorlage beigefügte Vorkaufsrechtssatzung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

6	Angelegenheiten des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
6.1	Energetische Stadtsanierung – Zuschuss Klimaschutz und Klimaanpassung im Quartier (KfW 432) - Erarbeitung eines integrierten energetischen Quartierskonzeptes für das Quartier „Nottuln – Ortskern, Nordwest“, Vorlage: 003/2022/3

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Das integrierte energetische Quartierskonzept für das Quartier „Nottuln „Ortskern/Nord-West“ wird beschlossen, vorbehaltlich notwendiger Einzelbeschlüsse.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

6.2	Fortsetzung der Bürgerförderung im Gemeindegebiet Nottuln Vorlage: 074/2022/1
------------	--

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Bürgerförderung im Gemeindegebiet Nottuln zur Steigerung der Akzeptanz der Nutzung erneuerbarer Energien fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 24 Nein 0 Enthaltung 3

einstimmig angenommen

**6.3 CDU Antrag: Höhenreduzierung Mauerwerk entlang der Lindenstr. um die Sicht auf den Kirchplatz zu verbessern.
Vorlage: 107/2024**

Ratsherr Gausebeck schätzt die bessere Sicht auf den Kirchplatz und verweist auf die teure Höhenreduzierung der Klinkermauer.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Antragstellern und der Eigentümerin (Kirche) einen Vorterrmin zu vereinbaren um den Vorschlag einer Höhenreduzierung der Klinkermauer zu besprechen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 2

einstimmig angenommen

**6.4 Bürgeranregung: Anregung gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Belebung des Ortskernes
Vorlage: 105/2024**

Beratungsbedarf seitens des Gremiums besteht nicht.

Beschluss:

Die Bürgeranregung wird von der Verwaltung abgelehnt und es werden keine Maßnahmen umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**6.5 Antrag (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) Wiederherstellung eines Wanderweges in den Baumbergen.
Vorlage: 109/2024**

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Die Verwaltung wird den dargestellten Wanderweg (s. Antrag) nicht wieder aktivieren. Stattdessen wird der ehemalige Wanderweg mit einheimischen Gehölzen bepflanzt bzw. aufgewertet.

Abstimmungsergebnis:

Ja 19 Nein 6 Enthaltung 2

mehrheitlich angenommen

**6.6 Antrag auf Einrichtung einer Skateranlage in Nottuln vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Nottuln (27.05.2024)
Vorlage: 111/2024**

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob geeignete Fördermittel für eine Skateranlage vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 22 Nein 3 Enthaltung 2

mehrheitlich angenommen

**6.7 Bürgeranregung: Anregung gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen - Vorhandene Bäume (Nonnenbachtal) werden entfernt und durch Bäume, welche dem Standort zuträglicher sind, ersetzt.
Vorlage: 106/2024**

Ratsfrau Kleinschmidt berichtet, dass sie sich im Nonnenbachtal die Sorgen der Bürger angehört habe. Nach Rücksprache mit Herrn Wermeling seien diese Sorgen jedoch unbegründet. Somit befürwortet sie den Erhalt der Bäume.

Beschluss:

Der Antrag wird von der Verwaltung abgelehnt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Antragstellern einen Vororttermin zu vereinbaren um mitzuteilen welche Bedeutung Straßenbäume für den städtischen Bereich einnehmen. Eine Entnahme bzw. Neupflanzungen werden nicht erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 25 Nein 2 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

**6.8 „Sanierung Roibartstraße“ in Nottuln – Verbesserung des Straßenbelages bis zur Sanierung der Roibartstr.
Vorlage: 137/2024**

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Die Gemeinde schlägt vor, den aktuellen Schotterstreifen (Mittlere Fahrbahn) mit Dolomit Sand auszustatten um eine gute Nutzbarkeit für Schüler, Anwohner u. Menschen mit Handicap zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 1

einstimmig angenommen

**6.9 Antrag der Fraktion SPD vom 09. August 2024 – Hochwasserschutz
Appelhülsen
Vorlage: 142/2024**

Ratsherr Danziger erläutert den SPD-Antrag zum Hochwasserschutz Appelhülsen. Dabei verweist er auf die großen Bauprojekte, die eine hohe Flächenversiegelung verursachen. Damit steige das Hochwasserproblem aufgrund der begrenzten Kapazität der Entwässerung. Unterlagen mit Berechnungen und Zielterminen der Gemeinde seien nicht ersichtlich. Er fragt nach dem Zeitpunkt der Umsetzung.

Der Bürgermeister informiert, dass zunächst Gutachten eingeholt worden seien. Es sei zu zeitlichen Verzögerungen wegen der Bodenproben gekommen. Aufgrund des nassen Wetters seien Anfang des Jahres Bodenuntersuchungen nicht möglich gewesen. Es bestehe ein hoher Druck des Handelns.

An Ratsherrn Danziger gerichtet unterstreicht Ratsherr Rulle, dass Angst machen nicht angezeigt sei, da auch schon heute an zwei anderen Stellen funktionierende Hochwasserschutzeinrichtungen bestehen.

Ratsherr Gausebeck betont, dass es nicht darum gehe, Angst zu schüren. Das Problem des Hochwasserschutzes gehe mit großer Sorge einher, da die Fläche für die Retention fehle. Ratsherr Danziger macht deutlich, dass neben AGRAVIS weitere Bauprojekte anstehen werden.

Beschluss:

Der von der Verwaltung in der Vorlage vorgestellte Sachstand zum Stand der Renaturierung der Stever zum wirksamen Hochwasserschutz für Appelhülsen wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

7 Angelegenheiten des Ausschusses für Kultur, Sport und Ehrenamt

**7.1 Kulturförderung und Brauchtumpflege im Rahmen der Projektförderung
Vorlage: 125/2024**

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Die vom Kulturbeirat empfohlenen Beschlüsse werden umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 1

einstimmig angenommen

8	Angelegenheiten des Ausschusses für Bildung und Soziales
8.1	Antrag des Treffpunkt Jugendarbeit in Nottuln e.V. vom 31.07.2024 auf Erhöhung des jährlichen Kostenbeitrags ab dem Jahr 2025 Vorlage: 121/2024

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Der Zuschuss der Gemeinde Nottuln zu den Betriebskosten des Treffpunkt Jugendarbeit in Nottuln e.V. wird ab dem Haushaltsjahr 2025 um 30.300 € auf jährlich rund 153.000 € angehoben.

Abstimmungsergebnis:

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

9	Kameraüberwachung des Schulhofes vom Rupert-Neudeck-Gymnasium. Vorlage: 157/2023/1
----------	---

Ratsfrau Dr. Quadt-Hallmann hebt hervor, dass die Videoüberwachung an drei bis vier Stellen des Gymnasiums der Wunsch der Schule, Eltern und Schüler sei. Mit der Videoüberwachung seien an einigen Schulen in Münster bereits positive Erfahrungen gemacht worden. Bei Vandalismus müssten auch Konsequenzen folgen. Die Kosten sollen in den Haushalt eingestellt werden. Ratsherr Van de Vyle möchte dem Antrag nicht zustimmen, da zunächst mit anderen Maßnahmen, wie z.B. Rückschnitt von Sträuchern oder weitere Lichtquellen, dem Vandalismus präventiv entgegengesteuert werden soll. Ratsherr Walter stimmt dem Antrag ebenfalls nicht zu, da aus kriminologischer Sicht noch nicht alle Präventivmaßnahmen umgesetzt worden seien. Zudem sei die Kameraüberwachung umstritten und nur als letztes Mittel einzusetzen. Ratsherr Hülsken beanstandet, dass die übrigen Fraktionen bei Hinnahme von Vandalismus ausschließlich Formalien abarbeiten wollen. Ratsherr Danziger zeigt sich über den CDU-Antrag bestürzt, da im Vorfeld noch nicht alle Maßnahmen eingeleitet worden seien.

Beschluss:

Die Gemeindeverwaltung setzt in Absprache mit der Schulleitung und den Hausmeistern des Rupert-Neudeck-Gymnasiums eine Kameraüberwachung am Gymnasium um. Die dafür erforderlichen Kosten werden in den nächsten Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13 Nein 11 Enthaltung 2

mehrheitlich angenommen

10 Verschiedenes

Der Bürgermeister informiert, dass die Veranstaltung der Stadtregion Münster sehr interessant gewesen sei. Er bedauert jedoch die mäßige Beteiligung.

Dr. Dietmar Thönnies
Bürgermeister
Vorsitzender

Elke Schulz
Schriftführerin